

Bankenverband VÖB: Basel IV kann Kreditversorgung der Realwirtschaft stärker belasten als bislang angenommen

21.03.2019

Seite 1/2

- Unternehmen benötigen verlässliche Bankfinanzierung
- Basel IV in der EU maßvoll umsetzen
- Vergabe von Förderkrediten über Hausbanken nicht gefährden

Berlin – Deutsche Banken benötigen nach neuesten Berechnungen deutlich mehr zusätzliches Kapital, um die künftigen Kapitalanforderungen gemäß dem finalen Basel III-Reformpaket zu erfüllen. Wie die Deutsche Bundesbank am Mittwoch mitgeteilt hat, stieg der in der Erhebung zum Stichtag 30. Juni 2018 für eine Stichprobe von 27 deutschen Banken ermittelte Gesamtkapitalbedarf gegenüber der letzten Erhebung (Stichtag: 31. Dezember 2017) um rund 27 Prozent auf 15,5 Mrd. EUR an. Dazu erklärt die Hauptgeschäftsführerin des Bundesverbandes Öffentlicher Banken Deutschlands, VÖB, Iris Bethge:

„Diese Ergebnisse bestätigen unsere Befürchtung, dass Basel IV zu einer Belastung für die Kreditversorgung der Realwirtschaft werden könnte. Auch das Forschungszentrum SAFE hatte im Dezember 2018 im Auftrag des Bundesfinanzministeriums festgestellt, dass Banken auf einen Anstieg der Eigenmittelanforderungen mit einem Abbau ihrer Aktiva reagieren. Hiervon seien besondere Kredite an Unternehmen und Privatpersonen betroffen. Basel IV könnte die Investitionstätigkeit in Deutschland und Europa stärker bedrohen als ursprünglich angenommen. Dies könnte insbesondere die notwendigen massiven Investitionen im Rahmen von Energiewende und Nachhaltigkeitsagenda gefährden, die hauptsächlich von Banken finanziert werden.“

Schließlich fordert Bethge: „Die Baseler Anforderungen sollten daher in der EU mit Augenmaß umgesetzt werden. Der drohenden deutlichen Erhöhung der Kernkapitalanforderungen durch den Output-Floor, der eine Obergrenze für die Ermittlung des Eigenkapitalbedarfs mit Hilfe bankinterner Modelle setzt, sollte dadurch begegnet werden, dass der Floor neben der Leverage Ratio als zweiter „Backstop“ für die risikobasierte Kapitalunterlegung umgesetzt wird. Darüber hinaus sollten die geplanten massiven Erhöhungen der Kapitalanforderungen für Forderungen gegenüber Banken abgewendet werden, um die bewährte Vergabe von Förderkrediten über Hausbanken nicht zu gefährden.“

Pressekontakt:

Tel.: 030 8192-161

Fax: 030 8192-167

E-Mail: presse@voeb.de

Internet: www.voeb.de

Der Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands, VÖB, ist ein Spitzenverband der deutschen Kreditwirtschaft. Er vertritt die Interessen von 60 Mitgliedern, darunter die Landesbanken sowie die Förderbanken des Bundes und der Länder. Die Mitgliedsinstitute des VÖB haben eine Bilanzsumme von rund 2.750 Milliarden Euro und bilden damit etwa ein Drittel des deutschen Bankenmarktes ab. Mit rund 75.000 Beschäftigten nehmen unsere Mitgliedsinstitute ihre Verantwortung für Mittelstand, Unternehmen, die öffentliche Hand und Privatkunden wahr und sind in allen Teilen Deutschlands fest in ihren Heimatregionen verwurzelt. Mit 50 Prozent sind die ordentlichen VÖB-Mitgliedsbanken Marktführer bei der Kommunalfinanzierung und stellen zudem rund 25 Prozent aller Unternehmenskredite in Deutschland zur Verfügung. Unsere Förderbanken haben neue Förderdarlehen in Höhe von 63,5 Milliarden Euro bereitgestellt (Geschäftsjahr 2017). Weitere Informationen unter www.voeb.de

Pressekontakt:

Tel.: 030 8192-161

Fax: 030 8192-167

E-Mail: presse@voeb.de

Internet: www.voeb.de